

Editorial

Dieses Jahr kann die Schulstiftung ihr 25-jähriges Bestehen feiern. In diesem Heft finden Sie eine erste Ankündigung, worauf Sie sich in diesem Zusammenhang freuen können.

Weniger erfreulich sind zur Zeit die politischen Rahmenbedingungen für die freien Schulen im Zusammenhang mit der Diskussion über die neue Privatschulfinanzierung. Worum es dabei geht, können Sie anhand der knappen Zusammenfassung auf der folgenden Seite gut nachvollziehen.



Bildung ist unser Auftrag, Unterricht unser Kerngeschäft. In den Beiträgen von Markus Vogt und Volker Ladenthin finden Sie wertvolle grundsätzliche Gedanken zu dieser Aufgabe und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen Bildung stattfindet. Eine fundierte Selbstvergewisserung zur Rolle einer Lehrerin und eines Lehrers ermöglicht erst die Diskussion, unter welchem Fokus dieser Beruf steht und worauf es ankommt.

Anita Glatz-Günther gibt uns einen Einblick in das Konzept Project Adventure, das an vielen Schulen als wichtiges Element sozialen Lernens inzwischen implementiert ist. Lesegenuss verspricht einmal mehr der Artikel von Manfred Lütz zu Gesundheit und Anti-aging; außerdem erfahren Sie von Lynn Lauppe, was hinter Bionade steckt.

Klaus Scherzinger und Dirk Schindelbeck befassen sich aus ganz unterschiedlichen Perspektiven mit Kunst, ästhetischem Erleben und den gesellschaftlichen und geschichtlichen Wechselwirkungen.

Darüber hinaus finden Sie neben unserer Kapellenserie noch eine ganze Reihe von herausragenden Ereignissen an den Schulen dokumentiert. Neben den Gratulationen für zwei Generalvikare stehen in diesem Heft bei den Personalnachrichten leider auch zwei Nachrufe.

Eine ertragreiche Lektüre und eine fruchtbare Zeit im zu Ende gehenden Schuljahr wünscht Ihnen allen

Ihr Dietfried Schwes

Neue Privatschulfinanzierung: Fluch oder Segen?

Worum geht es?

Die grün-rote Landesregierung hat den freien Schulträgern im Koalitionsvertrag die Anhebung der Zuschüsse auf mindestens 80 % der Kosten eines staatlichen Schülers zugesagt.

Was ist geplant?

Die grün-rote Landesregierung will die Zuschüsse in einem Stufenplan bis Ende der Legislaturperiode auf 80 % anheben.

Wo liegt das Problem?

80 % der Kosten eines freien Schülers waren seinerzeit auf der Grundlage geltender Rahmenbedingungen zwischen den freien Trägern und der Regierung vereinbart worden. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört, dass freie Träger für vom Land zu ihnen beurlaubte Beamte keinen Versorgungsbeitrag entrichten müssen.

Die Regierung hat diesen Konsens nun aufgekündigt und erwartet von den freien Trägern für alle beurlaubten Landesbeamten einen erheblichen Versorgungszuschlag. Nur auf dieser Grundlage will sie die Zuschüsse auf 80 % erhöhen.

Was heißt das unterm Strich?

Alle Schulen mit einem substantiellen Anteil an beurlaubten Landesbeamten müssten viel mehr an Versorgungsabgabe entrichten, als sie durch die Erhöhung der Zuschüsse bekämen: **Die Zuschusserhöhung wäre in Wirklichkeit eine Zuschusskürzung!**

Gibt es eine Lösungsmöglichkeit?

Die freien Träger haben grundsätzlich ihre Bereitschaft erklärt, über eine Versorgungsabgabe zu verhandeln und sich in der Verantwortung für die kommenden Generationen an der Versorgungslast zu beteiligen.

Für einen solch gravierenden Systemwechsel benötigen die Träger aber Zeit, um sich darauf einzustellen. Außerdem dürfen die Träger nicht in finanzielle Schieflage geraten oder gezwungen sein, die Schulbeiträge so zu erhöhen, dass wirtschaftlich leistungsschwächere Familien von vorneherein vom Schulbesuch ausgeschlossen wären.

Wie kann die Lösung aussehen?

Die freien Träger können sich eine Beteiligung an den Versorgungslasten dann vorstellen, wenn alle bislang zu ihnen beurlaubten Beamten frei von einer Versorgungsabgabe bleiben und die Versorgungsabgabe für Beamte erhoben wird, die erstmals zu einem freien Träger beurlaubt werden.

Auf diese Weise kann sowohl der Systemwechsel gesichert als auch eine wirtschaftliche Schieflage der Schulen vermieden werden.

Was können Sie tun?

Sprechen Sie die Abgeordneten der Regierungsfractionen in ihrem Wahlkreis auf dieses Thema an. Machen Sie deutlich, dass die freien Schulen einen fairen Umgang in dieser Frage erwarten können. Auch die freien Träger unterrichten Kinder des Landes Baden-Württemberg deren Eltern mit ihren Steuern das staatliche Schulwesen finanzieren.

Dietfried Scherer